

Datacenter außer Kontrolle

Österreich: Google baut größtes Rechenzentrum im Bezirk Linz-Land - Protest angekündigt

Von Oliver Rast

Es ist noch nicht einmal die erste Baustufe abgeschlossen – und schon will der Techgigant Google sein Rechenzentrum in Österreich um das Zweieinhalbfache der Kapazität erweitern. Der erste Spatenstich für das Datacenter in Kronstorf im oberösterreichischen Bezirk Linz-Land war Ende April – nach 18 Jahren Planungszeit, berichtete der *Kurier* am vergangenen Freitag. Nun soll der Betreiber Presseberichten zufolge weitere Ausbaustufen bei Gemeinde und Bezirkshauptstadt zur Genehmigung eingereicht haben. Die Dimension des Projekts ruft Kritiker auf den Plan.

Zunächst: Die Inbetriebnahme ist für 2027 vorgesehen. Google will rund 100 Arbeitsplätze schaffen. Bei der Grundsteinlegung war von einem maximalen Strombedarf von 150 Megawatt die Rede. In den eingereichten Unterlagen geht es erstmals um das gesamte 50-Hektar-Areal – und ein Investitionsvolumen in Milliardenhöhe. Im Vollausbau dürfte die jährliche Kapazität bei 1,5 bis zwei Terawattstunden (TWh) liegen – zum Vergleich: Im Mai lag der gesamte Endkundenverbrauch in Österreich bei 5,16 Terawattstunden. Doch es geht längst nicht nur um den Energiebedarf.

Die Umweltschutzstiftung WWF Österreich fordert von der Landesregierung unter Thomas Stelzer (ÖVP) einen »Rollenwechsel«: Statt die Werbetrommel für Google zu rühren, solle sie Anwalt für Umweltschutz und Bevölkerung sein. »Es handelt sich schließlich um eines der größten Boden- und Energiefresserprojekte des Landes«, wurde WWF-Sprecher Simon Pories am Freitag in einer Mitteilung zitiert. Vor einer weiteren Zulassung müssten der gesamte Flächen-, Strom- und Wasserbedarf sowie die Auswirkungen auf das Stromnetz und die Region vollständig offengelegt und unabhängig bewertet werden. Ein besonderer Knackpunkt: warmes Abwasser. Damit die Server nicht heißlaufen, wird die entstehende Wärme abgeführt – und landet in der nahegelegenen Enns. Laut bisheriger wasserrechtlicher Bewilligung darf Google bis zu 5,8 Millionen Liter erwärmtes Kühlwasser in den Fluss leiten – täglich, so der *ORF* am Freitag.

Abwärme, die für Fernwärme oder industrielle Prozesse genutzt werden könnte. Das sieht das seit April gültige oberösterreichische Energieeffizienzgesetz vor – »sofern das technisch und wirtschaftlich möglich ist«, hieß es beim *ORF* weiter. Auf Anfrage habe Google lediglich mitgeteilt, dass Gespräche zur Nutzung der Abwärme laufen würden, aber noch nicht abgeschlossen seien. Kritikern reicht das nicht.

Die »Bürger:inneninitiative Rechenzentrum Kronstorf« befürchtet negative Folgen für die Gewässerökologie – für Fische und weitere Wasserorganismen aufgrund der dann erhöhten Temperatur in der Enns. Zumal eine verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für den Bau von Datacentern gesetzlich nicht vorgeschrieben sei, kritisierte der oberösterreichische Landessprecher der Grünen, Stefan Kaineder, am Freitag. Ferner werde fruchtbares Ackerland zubetoniert »und der Landwirtschaft als Lebensmittelproduzent entzogen«, so Kaineder weiter, der zugleich Umwelt- und Klimalandesrat in der Regierung in Linz ist. Das sieht die außerparlamentarische Opposition ähnlich.

Ein Milliardenprojekt eines internationalen Technologiekonzerns dürfe nicht ohne ausreichende öffentliche Inspektion umgesetzt werden, betonte Michael Roth-Schmida, stellvertretender Landessprecher der KPÖ Oberösterreich, am Montag. Die Interessen von Mensch und Umwelt müssten Vorrang vor den Profiten globaler Konzerne haben. Oberösterreich brauche eine Standort- und Wirtschaftspolitik, die regionale Wertschöpfung, gute Arbeitsplätze und ökologische Nachhaltigkeit stärke, statt mit öffentlichen Ressourcen die Expansion energieintensiver IT-Titanen zu fördern.

Der Ausbau in Kronstorf steht nicht allein. Auch Microsoft pumpt Milliarden in neue Datacenter rund um Wien – ein Wettlauf der Digitalkonzerne, getrieben vom Energiehunger der KI. »Wir werden unsere Kapazität in Europa bis Ende nächsten Jahres noch einmal um weitere 40 Prozent erhöhen«, so ein Vertreter von Microsoft Österreich gegenüber dem *ORF*. Künstliche Intelligenz sei ein wesentlicher Treiber dieser Entwicklung. »Da stehen wir meiner Meinung nach noch ganz am Anfang«. Eine Drohkulisse, finden Bürgerbewegte und Kommunisten.

Deshalb mobilisieren sie für Freitag nachmittag zu einer Kundgebung an der Baustelle. Sie verlangen die vollständige Offenlegung aller Absprachen zwischen Landespolitikern und Google, dazu prüfbare Gesamtgutachten zu Lärm, Verkehr und Netzsicherheit. Die Protestierenden fordern außerdem wirksamen Schutz vor Baustellenkrach und möglichen Risiken der Abwärme.

<https://www.jungewelt.de/artikel/526038.kuenstliche-intelligenz-datacenter-ausser-kontrolle.html>